

II-1326 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 16. Juni 1971 No. 696/I

A n f r a g e

der Abgeordneten Ofenböck, *Inq. Hofstetter*
und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht
betreffend Gymnasium Berndorf.

Es ist bereits hinlänglich bekannt, daß die Entwicklung der Schüleranzahl im Raume Berndorf die Erweiterung bzw. den Neubau des Gymnasiums Berndorf erforderlich macht. Deswegen entstand ursprünglich auch der Plan, das alte Schulgebäude in Form einer Adaptierung und Erweiterung dem zusätzlichen Raumbedarf anzupassen. Besonders von seiten des Unterrichtsministeriums wurde dieser Adaptierungs- und Erweiterungsplan stark forciert.

Im Gegensatz dazu vertritt die Lehrerschaft bzw. Elternschaft des Gymnasiums Berndorf die Ansicht, daß den Anforderungen eines modernen Schulbetriebes durch die Errichtung eines Neubaus besser Rechnung getragen werden könnte. Der desolate Zustand des alten Gebäudes würde außerordentlich hohe Kosten für die Adaptierungs- und Erweiterungsarbeiten bedingen, sodaß sich schon allein unter diesem Gesichtspunkt die Neuerrichtung eines Gymnasiums als nicht unwirtschaftlich erweisen würde. Dazu kommt noch, daß durch die schlechte Lage des alten Gebäudes bedingt, die Kinder der Schule unter hoher Lärmeinwirkung und Luftverschmutzung zu leiden haben. Außerdem besteht derzeit kaum die Möglichkeit, in der Nähe des Gymnasiums die erforderlichen Sportanlagen und Freiplätze

zu errichten. Das Schulgebäude befindet sich derzeit nämlich an einem Verkehrsknotenpunkt in Berndorf.

Es wäre nun möglich, einen Neubau an einem anderen Ort zu errichten. Der erforderliche Bauplatz ist vorhanden. Die Grundstücksverhandlungen scheiterten bis dato daran, daß der Bund für die Ablösung des alten Objektes einen Kaufpreis fordert, den niemand zu zahlen bereit ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1.) Ist das Bundesministerium für Unterricht bereit, den Wünschen der Lehrer- und Elternschaft des Gymnasiums Berndorf nachzukommen und statt der Erweiterung des alten Gebäudes die Errichtung eines Neubaus vorzunehmen?
- 2.) Hat das Bundesministerium die Vor- und Nachteile der Erweiterung bzw. des Neubaus gegeneinander abgewogen?
- 3.) Zu welchen Ergebnissen führten diese Überlegungen?
- 4.) Werden derzeit Grundstücksverhandlungen mit der Gemeinde Berndorf geführt?
- 5.) Wenn ja, welchen Verlauf nehmen diese Verhandlungen?